



02/2018

grüne welle

DIE GRÜNEN IM NORDEN



© Fenja Hardel

LANDESVERBAND SH
Seite 2 - 9 und 20

LANDTAGSFRAKTION
Seite 10 - 15

BUNDESTAGSFRAKTION
Seite 16 - 19

EDITORIAL



Moin liebe schleswig-holsteiner GRÜNE,

die Kommunalwahl ist entschieden und wir haben mit 16,5% landesweit ein wirklich sehr gutes Ergebnis erzielt!

Das ist unser Erfolg als Partei und dein Erfolg als Kandidat*in und Wahlkämpfer*in. GRÜN war mit großem Engagement präsent und kreativ. In allen Kreisen konnten wir unsere Stimmenzahl ausbauen und in vielen Gemeinden sind wir zweitstärkste Fraktion geworden.

In Schenefeld, Börnsen, Quarnbek, Schwentinental, Laboe und Felde sind wir sogar stärkste Fraktion! Wir haben dieses Mal zahlreiche Direktmandate geholt! Auch das ist echt ein Kracher.

Insgesamt über 182 300 Schleswig-Holsteiner*innen schenkten uns ihr Vertrauen und setzen nun Hoff-

nungen in gute GRÜNE Politik. Nun geht es also ganz konkret vor Ort weiter, damit unsere Ideen gründen und blühen und umgesetzt werden.

In dieser Ausgabe der Grünen Welle geht es um eine Rückschau auf die Kommunalwahl und einen Ausblick in die Zukunft – besonders, aber nicht nur, für unsere neuen Mandatsträger*innen.

Außerdem stellen wir dieses Mal unterschiedliche Themen vor, die uns GRÜNE landesweit bewegen wie die Plastikvermeidung und soziale Themen wie Familienzeitpolitik und das bedingungslose Grundeinkommen.

Auf der Rückseite findet ihr zusammengefasst Informationen rund um den bundesweiten Grundsatzprogrammprozess, an dem wir uns als GRÜNE in Schleswig-Holstein vom Norden aus intensiv beteiligen werden.

Eure Ann-Kathrin Tranziska, Landesvorsitzende

ZEIT: EIN WERTVOLLES GUT

Zeit, die Menschen für unsere Gesellschaft investieren, braucht Anerkennung und Wertschätzung. Wie gelingt es, dass jede*r die Zeit für die Erziehung von Kindern, für die Pflege Angehöriger, den Beruf, Hobbys, – vielleicht auch für das Ehrenamt – und für sich selbst, besser einteilen kann?

Teilzeitmodelle können eine Entlastung sein: Leider führen sie aber gerade bei Frauen und Alleinerziehenden auch oft in die Altersarmutsfalle. Etwas mehr Zeit für die Familie können wir uns unter anderem durch Elternzeit und Elterngeld nehmen. Leider ist es aber auch hier so, dass Frauen aus Rücksicht auf die Familie immer noch beruflich zurückstecken. Wir GRÜNE fordern hier ein gesellschaftliches Umdenken. Neben der Familiengründung gibt es weitere Lebensphasen, in denen wir verstärkt Zeit brauchen: Angehörige werden pflegebedürftig, wir wollen uns für ein ehrenamtliches Ziel einsetzen oder benötigen eine berufliche Auszeit.

Wäre ein Lebensarbeitszeitkonto, das eine flexiblere Lebensplanung zulässt, die Lösung? Oder eine Form von bedingungslosem Grundeinkommen? Mit einer finanziellen Unterstützung, die unsere Grundbedürfnisse sichert, würde es vielen leichter fallen, sich Zeit für andere und sich zu nehmen.

Lebensarbeitszeitkonten, faire Bezahlung und mehr Chancengleichheit sind wichtige Bausteine in einem Gesellschaftsvertrag, der alle Menschen mitnimmt. In den kommenden Monaten möchte ich gemeinsam mit euch Ideen entwickeln, wie wir in unserer Gesellschaft faire Modelle etablieren können, die den Herausforderungen unterschiedlicher Lebensphasen gerecht werden.



Text: Ann-Kathrin Tranziska



#PLASTIKFASTEN – DER LAVO ON TOUR

Unter dem Motto #plastikfasten haben Steffen Regis und ich vor Ostern einige Firmen und Institutionen besucht, die sich mit dem Thema Plastik beschäftigen. Zudem haben wir persönlich versucht, auf Plastik zu verzichten, was in manchen Situationen eine echte Herausforderung war. Der Besuch im „Unverpackt“-Laden in Kiel **2** zeigte uns, wie Einkaufen auch ohne Verpackungsmüll gehen kann. Aus traurigem Anlass fand auch ein Treffen bei den Stadtwerken Schleswig zum Plastikskandal in der Schlei statt. Während dieser Zeit haben wir uns mehrfach zum „Plogging“ (Trend aus Schweden, bei dem beim Joggen Plastik und weiterer Müll (schwed. *plucka*) gesammelt wird) getroffen. Um zu erfahren, was mit dem Plastikmüll passiert, habe ich die Sortieranlage für Leichtverpackungen in Tornesch besucht **3**. Der letzte Termin der #plastikfasten-Reihe fand im GEOMAR zum komplexen Thema Mikroplastik **1** (und Abb. unten) statt.

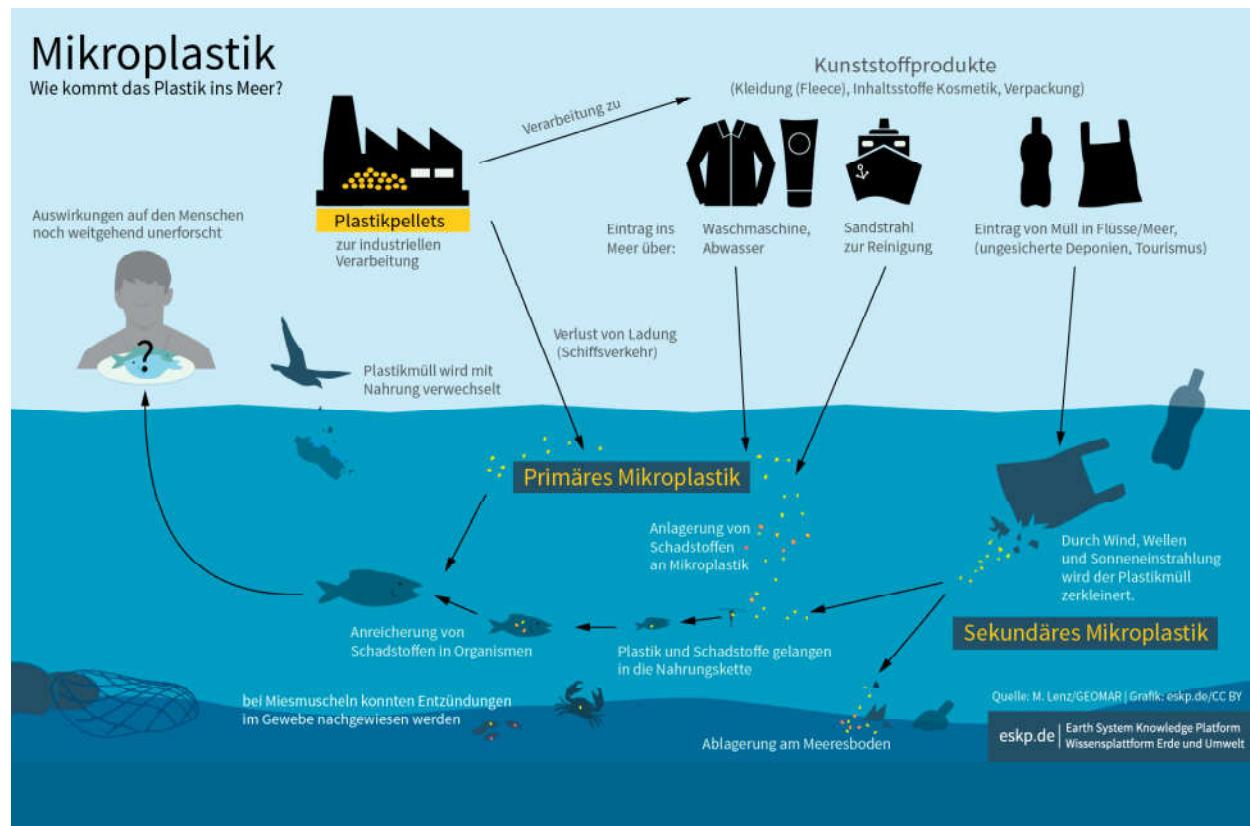
Die Schlussfolgerung aus den #plastikfasten-Terminen und weiteren Recherchen ist, dass wir beim Einsatz von Plastik korrigierende Regeln brauchen. Wir GRÜNE for-

dern einen verantwortungsvollen Umgang mit Kunststoffen hin zu einem ökologisch verträglichen Einsatz – eine Kehrtwende im Plastikland! Unter diesem Titel haben wir unsere Forderungen in einem Antrag auf dem Landesparteitag in Eckernförde zusammengefasst:

- ▶ radikale Reduzierung von Kunststoffverpackungen
- ▶ Gesetz zur getrennten Entsorgung von Lebensmittelabfällen und Kunststoffen
- ▶ Verbot von Mikrokunststoffen in Kosmetika
- ▶ Modernisierung von Kläranlagen, um auch Plastikpartikel in Mikrometergröße entfernen zu können
- ▶ Unterstützung von Start-Ups und Initiativen zur Reduzierung des Plastikverbrauchs
- ▶ Unterstützung der Europäischen Plastikstrategie
- ▶ Reduzierung von Plastik im Arbeitsalltag (z.B. bei Wahlkämpfen und in der Geschäftsstelle)

Beschluss „Kehrtwende im Plastikland“ gruenlink.de/1g61
Online-Bericht zum #plastikfasten: gruenlink.de/1g40

Text: Ann-Kathrin Tranziska, **Grafik:** M. Lenz, eskp.de
Fotos: Fenja Hardel (1, 2), Tilmann Schade (3)



KLAR. GRÜN. MACHEN.



KLAR. GRÜN. GEMACHT. DIE KOMMUNALWAHL 2018.

Bei der Kommunalwahl haben wir 16,5 % im Landesdurchschnitt (2013: 13,7 %) erreicht. Das ist mehr als ein großer Erfolg und: Das ist dein Erfolg als Kandidat*in und Wahlkämpfer*in sowie unser gemeinsamer Erfolg als Partei. Wir wollten das Land begrünen und haben mit zahlreichen Wahlkampfständen, Aktionen, Plakaten, Flyern, Türhängern an Haustüren, bei Veranstaltungen und im Netz genau das getan. GRÜN war präsent und sichtbar mit großem Engagement und Einsatz, kreativ und politisch. „Klar. Grün. Machen.“ war unser Motto und das ist gut angekommen. Wir werden als diejenigen wahrgenommen, die transparent arbeiten, die anpacken und zudem ökologisch und nachhaltig gestalten.

Das Ergebnis und die positive Stimmung bei uns GRÜNEN im Wahlkampf zeigt, dass es richtig war, die Kampagne gemeinsam mit vielen Akteur*innen innerhalb der Partei zu entwickeln – so konnten sich viele GRÜNE mit der Kampagne identifizieren.

Insgesamt schenkten uns über 182300 Schleswig-Holsteiner*innen ihr Vertrauen und setzen nun Hoffnungen in gute GRÜNE Politik. In allen Kreisen konnten wir unsere Stimmenzahl ausbauen; im ganzen Land wählten uns über 34000 mehr Menschen als 2013. Landesweit sind wir nun etablierte drittstärkste

Kraft. Was für ein Erfolg! In vielen Gemeinden sind wir zweitstärkste Fraktion geworden: in Schenefeld, Börnsen, Quarnbek, Schwentinental, Laboe und Felde sogar stärkste Fraktion!

Auch zahlreiche Direktmandate konnten wir gewinnen, was dazu führte, dass einige von uns überrascht waren, als ihre (hinteren) Listenplätze sie zu Mandatsträger*innen gemacht haben. Eine besondere Freude ist es, dass alle neu entstandenen Ortsverbände mit Ortslisten nun Fraktionen vor Ort bilden können. GRÜN wächst nicht nur: Wir bilden auch viele Ableger.

Allerdings haben wir in einigen Wahlkreisen auch ein schwaches Ergebnis erreicht. In den kommenden Wochen und Monaten werden wir analysieren, wo die Ursachen für diese Ergebnisse liegen und wie wir auch in diesen Orten Wähler*innen von unseren Programmen überzeugen können.

Gezeigt hat der Wahlkampf auch, dass wir vom Mitgliederzuwachs in den letzten Monaten enorm profitiert haben. Viele der neuen Mitglieder haben entweder gleich kandidiert oder sich sehr aktiv in den Wahlkampf eingebbracht. Die Einbindung neuer Mitglieder in die Parteiarbeit wollen wir als Landesvorstand nach der Wahl noch stärker beleben, denn rund



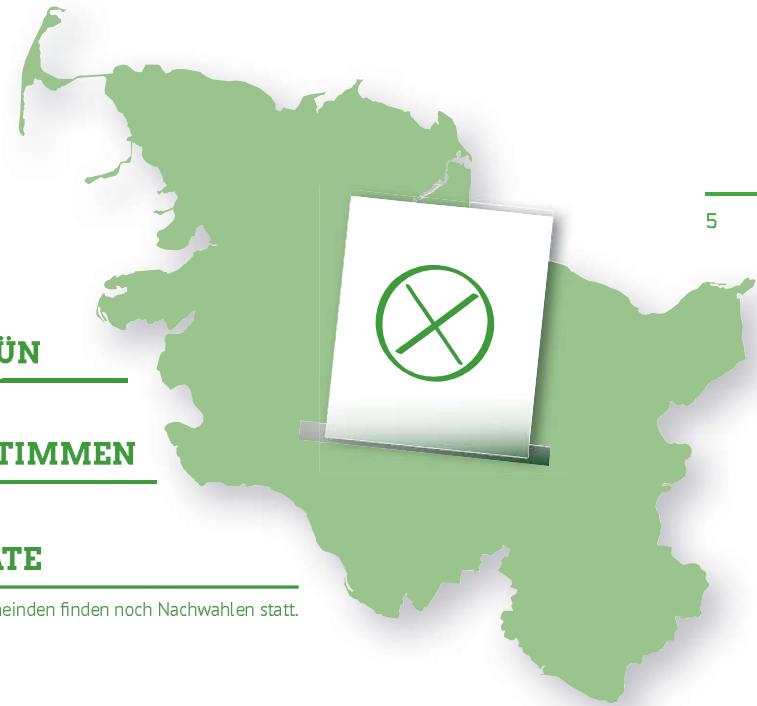
LANDESWEIT 16,5 PROZENT FÜR GRÜN



ÜBER 182 300 STIMMEN

587 MANDATE

Stand: 7.5.18, in einigen Gemeinden finden noch Nachwahlen statt.



1/3 der Parteiaustritte erfolgt durchschnittlich in den ersten drei Jahren der Mitgliedschaft. Es muss uns also gemeinsam gelingen, neue Mitglieder aktiv einzubinden.

Auch strukturell hat uns der Wahlkampf herausgefordert und gezeigt, dass die vorhandenen Parteistrukturen für die gewachsenen Anforderungen an einigen Stellen nicht mehr ausreichen. Diese Arbeit an unserer eigenen Aufstellung für Wahlkämpfe beginnt jetzt nach der Wahl – wir als Landesvorstand setzen auch hierbei auf eine gemeinsame Entwicklung neuer Ideen für die Partei.

Der Wahlerfolg ist auch die Gelegenheit, um neue Mitglieder zu gewinnen und gemeinsam GRÜNE Wahlerfolge in GRÜNE Politik umzusetzen. Erzählt gern euren Freund*innen und Bekannten von eurem Engagement bei uns GRÜNEN. Viele Fraktionen können noch gut motivierte, bürgerliche Mitglieder zum Mitarbeiten gebrauchen. Mitglied werden ist einfach und auch online möglich: sh-gruene.de/mitmachen/mitglied-werden/

Für die frisch Gewählten bieten die GAR-SH (GRÜNE und Alternative in den Räten Schleswig-Holstein, www.gar-sh.de) und die Heinrich-Böll-Stiftung (boell.de) Möglichkeiten zur Vernetzung und Schu-

lung. Bei Fragen oder Problemen könnt ihr euch natürlich neben der GAR-SH auch immer an uns als Landesvorstand oder das Team der Landesgeschäftsstelle wenden.

Zu guter Letzt ein persönlicher Abschluss von uns als Landesvorstand: Es ist eine große Freude für uns, mit so vielen engagierten und politischen Mitgliedern in diesem Landesverband aktiv zu sein. Wir danken euch allen von Herzen für euer Engagement und freuen uns mit euch gemeinsam auf die neuen Herausforderungen!

Text: Ann-Kathrin Tranziska, Steffen Regis, Fotos: Fenja Hardel (7), panthermedia (1), Grafik: Fenja Hardel

Foto oben links: Kampagnen-Präsentation auf dem Landesparteitag in Eckernförde; **Fotos unten v.l.n.r.:** (1) Wahlkampftour: Robert Habeck im Gespräch mit Kandidat*innen aus Schleswig, (2) Anna-Tranziska bei der Wahlauswertung im Schleswig-Holstein-Magazin, (3) Pinnwand auf dem Landesparteitag mit regionalisierten Wahlkampfmaterialien, (4) der Landesvorstand mit dem Großflächenmotiv zur Wahl, (5) Straßenwahlkampf in Flensburg, (6) Auftaktveranstaltung zum 72-Stunden-Wahlkampf in Kiel



PLÖTZLICH IM RAT: GRÜNE NACH DER WAHL

587 Kandidat*innen zogen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über Direktmandate und Listenplätze in die Räte ein, einige zum ersten Mal: Hier berichten sie von ihren (überraschenden) Wahlerfolgen.



Poul Frank
(19) Fraktionsmitglied
in Husum

Wahlkampf macht Spaß!

Was mache ich hier eigentlich? Diese Frage stelle ich mir manchmal in meinem politischen Alltag. Ich sitze als Mitglied in der GRÜNEN Fraktion in Husum, bin Sprecher der Grünen Jugend Nordfriesland, bin Delegierter in BAGs und im Städtebund Schleswig-Holstein. Ausschüsse sind oftmals mein zweites zu Hause, die Züge zwischen Husum und Kiel bestimmen meine Abendstunden. Ich investiere sehr viel Zeit in die Politik, was mich aber sehr glücklich macht.

Im Wahlkampf verteilte ich Flyer und hatte recht angenehme wie auch anregende Konversationen an Haustüren. Das Plakatieren gehörte genauso dazu wie Haustürwahlkampf in meiner Nachbarschaft. Wahlkampf macht Spaß, er ist prägend und manchmal führt er auch zu schlaflosen Nächten. Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Ortsverbandes waren Kandidat*innen der Grünen Jugend gelistet. Das freute mich sehr!

Noch mehr freute ich mich allerdings, als ich am Wahlabend die ersten Hochrechnungen sah: Ich stand im Rathaus und verfolgte gebannt den Verlauf der Auszählungen. Wir bekamen den grandiosen Wahlsieg aus Kiel und Flensburg mit und freuten uns über jede*n gewählte Direktkandidat*in. Auch wir konnten zum ersten Mal in unserer Geschichte ein Direktmandat erringen. Ortsverband für Ortsverband überbot sich.

Die Kommunalwahl hat deutlich gemacht, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine immer stärker werdende Partei ist. Dieses Wachstum ist nur durch weiterhin lebhaft geführte Diskussionen und Debatten möglich. Eine Partei, die nicht selbstkritisch ist, ist dem Untergang geweiht. Eine klare Haltung, nicht Mitläuf*in sein – erst das macht eine Demokratie möglich.



Daniela Hartmann
(36) Ratsfrau in Pinneberg

Plötzlich Ratsfrau!

Kaum hatte ich im Januar dieses Jahres das GRÜNEN-Mitgliederformular unterschrieben, besuchte ich schon diverse Veranstaltungen und wurde praktisch sofort Fraktionsmitglied. Schon nach der ersten Sitzung war klar: Hier bleib ich! Fraktionskolleg*innen motivierten mich, auf Listenplatz 9 für den Pinneberger Rat zu kandidieren: Bei der damaligen Sitzverteilung hatte ich mir ausgerechnet, vielleicht in ein, zwei Jahren nach der Kommunalwahl in die Ratsversammlung nachrücken zu können. So der Plan...

Unser Wahlkampf war geprägt von Inhalten und Persönlichkeiten. Wir warben auf Gruppen- und Kopf-Plakaten. Zusätzlich fertigten wir personalisierte Flyer mit unseren Herzensthemen und Zukunftsvisionen für Pinneberg an – vor allem beim Haustürwahlkampf waren diese Gold wert.

Die Samstage verbrachten wir in der Innenstadt und verteilten Themenflyer in Kombination mit Blumensaat, Äpfeln, Setzlingen oder Windmühlen, was uns einiges an Aufmerksamkeit bescherte! In den 72 Stunden vor der Wahl standen meine Fraktionskolleg*innen und ich schon um 7 Uhr morgens am Bahnhof und verteilten unser 13-Punkte-Papier. Alle Materialien veröffentlichten wir zeitgleich online und stellten unsere Kandidat*innen vor.

Nach wochenlanger Arbeit war die Stimmung am Wahlabend hoch motiviert! Schon die ersten Ergebnisse ließen uns jubeln. In meinem Wahlkreis holte ich 23,6% der Stimmen, ca. 70 Stimmen mehr als 2013. Insgesamt schafften wir es auf 24,4% und 3 (!) weitere Ratsplätze. Durch die 10 Plätze in der Ratsversammlung bin ich nun also Ratsfrau! Der anfänglichen Überraschung wich schnell die Freude und Motivation, in Zukunft direkt auf Entscheidungen für unsere Stadt einwirken zu können. Neben diversen anderen Themen ist übrigens mein persönliches Lieblingsthema der Fahrradverkehr! Mal sehen, was ich in unserem hoch-motorisierten Pinneberg auf dieser Ebene erreichen kann.

KLAR. GRÜN. DENKEN. UNSER WEG ZU EINEM NEUEN GRUNDSATZPROGRAMM



Steffen Regis

„Neue Zeiten – neue Antworten“ so lautete das Motto des Startkonvents am 13. und 14. April in Berlin. Seit dem letzten Grundsatzbeschluss 2002 ist in unserer Gesellschaft und der Welt insgesamt viel geschehen:

Neue Fragen stellen sich. Bevor wir Antworten auf die neuen Herausforderungen finden, geht es zunächst darum, die Fragen zu finden, auf die wir GRÜNE noch keine Antwort haben oder zu denen wir unsere Antworten erneuern müssen.

Der Grundsatzprogrammprozess bietet uns als Gemeinschaft aller Parteimitglieder die Chance, miteinander zu diskutieren, was GRÜN ist und was GRÜN will. Wir werden den Programmprozess für ein neues GRÜNES Grundsatzprogramm aus Schleswig-Holstein heraus aktiv mitgestalten. Wir haben keine Scheu vor den Herausforderungen in unserer Gesellschaft und

Umwelt und stellen uns drängenden Fragen. Dabei setzen wir auf die Kraft der Debatte innerhalb der GRÜNEN Mitgliedschaft, zusammen mit externen Impulsen. In unserem Landesverband haben sich über die Zeit Initiativen entwickelt, die wir aus dem Norden mitnehmen wollen. Zusammenhänge, System- und Grundsatzfragen rund um die Bereiche (1) *Meer und Mensch*, (2) *Sozialsysteme im digitalen Zeitalter* und (3) *Grenzen erfahren – Minderheiten in der Gesellschaft* wollen wir in die bundesweite Debatte einfließen lassen. In den kommenden Monaten bis zum Winter werden wir als Landesverband Veranstaltungen mit viel Freiraum zur Diskussion anbieten. Genauso freuen wir uns über eure Wünsche und Ideen für Veranstaltungen. Mailt uns also gerne, welche Fragen unbedingt diskutiert werden sollte.

Text: Steffen Regis, Landesvorsitzender

NEUE ZEITEN.
NEUE ANTWORTEN.
Grundsatz wird Programm

GRÜNE TERMINE



Di., 26. Juni	Sozialer Tag/Schüler Helfen Leben
Mo., 6. August	Gedenktag an Atombombenabwurf auf Hiroshima 1945
Do., 28. Aug. bis So., 2. Sep.	Messe NORLA in Rendsburg
Mi., 29. August	Internationaler Tag gegen Nuklearversuche
Fr., 7. und Sa., 8. September	Bundesfrauenkonferenz
Sa., 15. September	Coastal Cleanup Day
Fr., 21. September	Weltfriedenstag/Internationaler Tag des Friedens
Sa., 22. September	voraussichtlich Landesparteitag
Do., 4. Oktober	Welttierschutztag/Tag des Tieres
Fr., 9. Nov. bis So. 11. Nov.	Bundesdelegiertenkonferenz (Europaliste und Europawahlprogramm)

WIR WOLLTEN NOCH MAL
DANKE SAGEN!



Danke an all unsere Mitglieder, die in den vergangenen Wochen auf der Straße aktiv waren, damit wir Grünen super Ergebnisse bei der **Kommunalwahl** erreichen. Und das hat sich auch gelohnt. Für uns sitzen jetzt viele junggrüne Menschen in den Gemeinde- und Stadträten, sowie Kreistagen.

Daher herzlichen Glückwunsch an Leonie Beers (Kreistag Pinneberg), Pia Bröker (Kreistag Segeberg), Helena Knüppel und Timo Kohnert (Gemeinderat Geesthacht), Jonas Kähler und Tarik Pahlenkemper (Stadtrat Schleswig) & Bruno Hönel (Stadtrat Lübeck). Und natürlich auch an alle anderen jungen, grünen Kandidat*innen, die jetzt aktiv die Kommunalpolitik bei sich mitbestimmen dürfen.

Auch wenn es nach den anstrengenden Wochen der letzten Wahl noch wenig verlockend klingt, steht die nächste Wahl schon in den Startlöchern. 2019 werden wir über die **Zukunft der EU** abstimmen und wir haben Lust diese grüner und europäisch zu gestalten, als bisher. Mit Jan Philipp Albrecht kommt im Herbst jemand als Minister in den echten Norden, der das Thema Europa in unserem Landesverband noch stärker als bisher in den Fokus rücken wird.

Mit Rasmus Andresen wird sich jemand um einen Platz auf der Liste zur Europawahl bewerben, der eine Vision von Europa hat, in der die Brüsseler Abgeordneten die Menschen mitnehmen und mit ihnen über Projekte sprechen. Das wollen wir unterstützen und werden deswegen am 16. Juni unseren ersten Workshop zum Thema Europawahl veranstalten. Also nehmt das Angebot an und diskutiert mit uns über Projekte und Visionen für eine gerechtere, grünere und grenzenlose EU. Wir haben Lust den Schwung der guten Ergebnisse bei uns mit in die Vorbereitung der Europawahl zu nehmen und für unsere junggrünen Positionen zu streiten.

Text: Finn Petersen, Sprecher GJ Schleswig-Holstein

TERMINE UND KONTAKT

Do., 14. Juni

| Landesvorstandssitzung

Sa., 16. Juni

| Workshop zum Thema Europawahl

Mo., 2. Juli

| Landesmitglieder-Telefonkonferenz

NEUE LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT ZUM BEDINGUNGSLOSEN GRUNDEINKOMMEN



Murat Birkandan ist seit dem 23. Mai 2018 Sprecher der neu gegründeten „LAG Bedingungsloses Grundeinkommen“.

Auf dem letzten Landesparteitag haben wir beschlossen, die „Landesarbeitsgemeinschaft Bedingungsloses Grundeinkommen (LAG BGE)“ zu gründen. Gestartet ist diese LAG nun am 23. Mai mit 26 Interessierten in Kiel mit der Wahl des Sprechers Murat Birkandan. Die Wahl der Sprecherin wurde auf die

nächste Sitzung am 27. Juni verschoben. Die LAG wird in Zukunft über das BGE und die damit verbundenen sozialen, finanziellen und gesamtgesellschaftlichen Themen diskutieren. Außerdem wird sich die LAG mit einem politischen GRÜNEN Input für das Zukunftslabor beschäftigen.

Zu diesem Thema wird am 14. Juni auch die Veranstaltung „Bedingungsloses Grundeinkommen – was geht?“ in Kiel stattfinden. Hier werden wir – nach einem Inputvortrag von Robert Habeck – in einem Fishbowl mit Expert*innen, Mitgliedern und Interessierten diskutieren. Dabei wird es darum gehen, welche der vielen sozialen Fragen uns besonders beschäftigen und welche Antworten wir auf sie geben können. Unsere Vorschläge möchten wir auch in das neue Grundsatzprogramm der Bundespartei einfließen lassen.

Text: Ann-Kathrin Tranziska



GAR-SH.DE

GRÜNE und Alternative in den Räten Schleswig-Holstein eV

Die GAR-SH berät und vernetzt Mandatsträger*innen, fördert den Informations- und Erfahrungsaustausch, koordiniert die Zusammenarbeit mit den Fraktionen auf Landes- und Bundesebene und vermittelt Seminare und Fachtagungen, die der kommunalpolitischen Fortbildung dienen.

Wir geben gerade auch für neu gewählte Mandatsträger*innen Hilfestellung bei Satzungsfragen, bei Fragen zur konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretungen, Kreistagen und Ratsversammlungen, bei ersten Anträgen und unterstützen grundsätzlich bei allen Fragen und Stolpersteinen! In einem internen Mitgliederbereich gibt es Musteranträge, Hintergrund-Informationen sowie ein Forum.

Kontakt: Matthias Ullrich, Web: gar-sh.de Mail: info@gar-sh.de

fördewind

.....
Die Grüne Landtagsfraktion



Liebe Freund*innen,

das erste Jahr Jamaika im Land ist um. Wir geben weiterhin unser Bestes, um konstruktiv mit den Kolleg*innen von CDU und FDP zusammenzuarbeiten und gute politische Entscheidungen zu treffen. Dabei geht es natürlich auch darum, Grünes Profil zu zeigen.

Wir setzen uns für eine bunte und weltoffene Gesellschaft ein. So haben wir uns unter anderem dafür stark gemacht, dass sich Schleswig-Holstein der rheinland-pfälzischen Bundesratsinitiative für ein Gesetz zur Anerkennung der Geschlechtsidentität von transsexuellen und intersexuellen Menschen anschließt. Und das nicht nur still und heimlich, sondern indem wir dem Thema auch durch eine Plenardebattie die nötige Aufmerksamkeit gaben. Dass wir auch diverse andere gesellschaftliche Fragen aufgreifen und Diskriminierung viele Formen hat, zeigt Amina Tourés Veranstaltung mit der „Fa(t)shionista“ Magda Albrecht.

Ein zentrales Thema im Land ist die Sicherheit. Wir Grüne setzen auf Prävention und Polizeipräsenz und wehren kritisch alle Gesetzesvorstöße, die nichts bringen. Diese konstruktiv-kritische Haltung werden wir auch bewahren, wenn es im Herbst um ein neues Polizeigesetz geht. Auch die rückwirkende Aufklärung der „Rockeraffäre“ durch den PUA, unterstützt von Burkhard Peters, ist für uns sehr wichtig.

Und natürlich sind und bleiben wir Grünen die Stimme der Ökologie in Jamaika. Für saubere Luft setzen wir uns auch dann ein, wenn es unbequem ist. Als einzige Fraktion würden wir uns in letzter Konsequenz auch für Fahrverbote in Kiel aussprechen. Noch lieber ist uns jedoch, wenn wir noch mehr Menschen für den ÖPNV begeistern können. Hierfür ist das Semesterticket ein wichtiger Schritt.



© Bettina Aust
FÜR SAUBERE LUFT setzen wir uns auch dann ein, wenn es unbequem ist.

Zu guter Letzt gratuliere ich allen erfolgreichen Grünen Kommunalpolitiker*innen im Namen eurer Landtagsfraktion und freue mich auf unsere Zusammenarbeit.

Löchert uns!

Eure

PARLAMENTARISCHER UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS „ROCKERAFFÄRE“: HEILIGT JEDER ZWECK DIE MITTEL?



BURKHARD PETERS

Abgeordneter

Das Jahr 2010 hat gerade begonnen, da kommt es am Abend des 13. Januar in einem Schnellrestaurant in Neumünster zu einer brutalen Auseinandersetzung zwischen verfeindeten Mitgliedern der Rockergruppen „Bandidos“ und „Hells Angels“. Bereits seit einigen

Jahren herrscht in Schleswig-Holstein ein „Rockerkrieg“ zwischen den alteingesessenen „Hells Angels“ und den um eigene Reviere kämpfenden „Bandidos“.

Im Landeskriminalamt wird eine Sonderermittlungsgruppe gebildet, die „SoKo Rocker“, die die Straftaten der verfeindeten Gangs aufklären soll. Sie beißt aber auf Granit. Bei aller Feindschaft untereinander: Als Zeugen gegen Mitglieder der jeweils anderen Gang halten „Bandidos“ und „Hells Angels“ eisern den Mund. Mit dem gemeinsamen „Feind“, der Polizei, arbeitet man – eigentlich - nicht zusammen.

Innenminister Klaus Schlie (CDU) und die Polizeiabteilung entwickeln eine „Zero-Tolerance-Strategie“ gegen das Rockerunwesen. Wie in anderen Bundesländern soll ein Vereinsverbot das Agieren der Kultenträger im Keim ersticken. Aber noch sind die dafür nötigen Belastungstatsachen eherdürftig, nicht zuletzt wegen des Schweigekartells der Rocker.

Dann kommt es am Abend des 13. Januar zum oben erwähnten Überfall. Eine Gruppe „Bandidos“ stürmt teilweise bewaffnet mit Schlagstöcken und Messern ihr Stammlokal in Neumünster und greift die ausge rechnet dort essenden Mitglieder der „Red Devils“

eine Unterstützergruppe der „Hells Angels“, an. Einer der Gegner wird schwer durch Messerstiche verletzt, ein anderer erleidet leichtere Stichverletzungen. Der Chef der „Bandidos“ in Neumünster war über das Auftauchen der „Red Devils“ per Mobiltelefon sofort informiert worden und befand sich nachweislich in der Nähe des Tatorts. Er wurde später zum Erstaunen der Öffentlichkeit aber nicht angeklagt. Letztlich wurde nur der „Bandido“ Peter Borchert als Tatbeteiligter zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Drei weitere „Bandidos“ wurden freigesprochen.

Jetzt hat das Innenministerium genug Munition für ein Vereinsverbot gegen die „Bandidos“. Innenminister Schlie erklärt seine „Zero-Tolerance-Strategie“ gegen die Rocker zur Blaupause auch für andere Bereiche der Kriminalitätsbekämpfung.



DER PUA soll strukturelle Defizite bei der Landespolizei untersuchen.



©AdobeStock

2010 wird ein Vereinsverbot gegen die Rockergruppen „Bandidos“ und „Hells Angels“ verhängt.

Mehr als sieben Jahre später kommt die Angelegenheit wieder hoch. Die Presse berichtet ausführlich über viele Ungereimtheiten in dem Verfahren: War der Chef der „Bandidos“ ein Polizeispitzel? Kam er in einem gegen ihn laufenden Strafprozess wegen Hehlerei im großen Maßstab deswegen so günstig davon? Gab es weitere „Vertrauenspersonen“ bei den Rockern, um das Schweigekartell auszuhebeln? Was hat es mit den Mobbingvorwürfen von zwei Beamten aus der „SoKo-Rocker“ auf sich, die den nach ihrer Meinung rechtswidrigen Umgang mit Informationen von Polizeispitzeln im Ermittlungsverfahren nicht mitmachen wollten? Wurden tatsächlich dabei entlastende Aussagen unterdrückt, so dass ein Verhafteter länger als nötig in U-Haft sitzen musste? Hätte das Oberverwaltungsgericht Schleswig in Kenntnis der V-Leute bei den Rockern das Vereinsverbot bestätigt? Fragen über Fragen

Vier Monate nach der beschlossenen Einsetzung des 1. PUA der 19. Wahlperiode nimmt der PUA „Rockeraffäre“ die Arbeit auf. Der Begriff „Rockeraffäre“ greift aber zu kurz. Im Kern geht es auch um die Aufarbeitung von möglichen strukturellen Defiziten bei der Landespolizei, dem Landeskriminalamt, der

Polizeischule und im Innenministerium. Es geht um Vorwürfe, entlastende Hinweise unterdrückt zu haben, um V-Leute zu schützen, darum, ob bestimmte V-Personen nach den dafür vorgesehenen Regeln überhaupt schutzwürdig waren.

Noch brisanter ist die Frage, ob das Vereinsverbot in Kenntnis der dubiosen Rolle von V-Leuten vor Gericht hätte standhalten können. Und um die Frage, ob zwei Beamte der „SoKo-Rocker“, denen der Umgang der Führungskräfte des Landeskriminalamtes mit Informationen von V-Personen mehr als spanisch vorkam, später von ihren Vorgesetzten systematisch gemobbt wurden. Letztlich lautet die Kernfrage des PUA: Heiligt bei der Bekämpfung der Rockerkriminalität jeder Zweck die Mittel?

Die Arbeit des PUA wird mindestens zwei Jahre dauern. Wir hoffen, mit der vor uns stehenden Arbeit mehr Licht in die dubiosen Vorgänge rund um den Überfall zu bringen und einen Beitrag leisten zu können, die lädierte Führungskultur innerhalb der Landespolizei wieder zu verbessern.

Andreas Tietze

SEMESTERTICKET: BUS UND BAHN WERDEN ZU EINER ECHTEN ALTERNATIVE



ANDREAS TIETZE

Abgeordneter

zum Auto. Sei es, um an den Strand zum Surfen oder nach Hamburg zum Feiern zu kommen. Auch für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein sind das

Unsere Grüne Politik wirkt! Mit dem landesweiten Semesterticket legen wir den Grundstein für die Mobilität der Zukunft: 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag, von Flensburg bis Hamburg. Für Studierende werden damit Bus und Bahn zu einer echten Alternative

Hochschulen haben wir unser gemeinsames Ziel vor Augen und sind davon überzeugt, dass sich auch die Verkehrsunternehmen nicht mehr verschließen können. Politisch fest vereinbart ist der Einführungspreis von 99 Euro ab dem Wintersemester 2019/2020 für ein Jahr. Dafür stellt das Land neun Millionen Euro aus Landesmitteln bis zum Ende der Legislaturperiode zur Verfügung. Nach einem Jahr werden wir dann prüfen, wie hoch die tatsächlichen Kosten sind. Die regionalen Tickets in Kiel, Flensburg und Lübeck werden nicht angefasst. Sie sind durch die ASten ausverhandelt, können aber zu einem späteren Zeitpunkt angepasst werden. Jetzt wollen wir Verzöge-



POLITISCH fest vereinbart ist der Einführungspreis von 99 Euro ab dem Wintersemester 2019/2020 für ein Jahr.

gute Nachrichten: Es gibt kaum eine Veranstaltung, bei der nicht der Fachkräftemangel betont wird. Das landesweite Semesterticket ist eine kluge politische Antwort darauf – wird doch Schleswig-Holstein für zukünftige Generationen als Studienort interessanter, gerade für eine Generation, für die das Nutzen von öffentlichen Verkehrsmitteln immer wichtiger wird als der Besitz eines Autos.

Nach einem Treffen der verkehrspolitischen Sprecher der Koalition mit den Studierendenvertretungen der

ungen vermeiden und schnell zu einer Einigung mit den Verkehrsunternehmen und ASten kommen.

Feste Einnahmen für die Verkehrsunternehmen auf der einen, ein hoch attraktives Angebot zu einem günstigen Preis für die Studierenden auf der anderen Seite – eine Win-win-Situation für beide Seiten. Wir sind sicher, dass es überzeugende Argumente für das Semesterticket gibt. Jetzt haben es die Studierenden und die Verkehrsunternehmen in der Hand.

Aminata Touré

FA(T)SHIONISTA: EINE DOPPELTE PORTION SELBSTBEWUSSTSEIN!

Ein Interview mit der Autorin und Aktivistin Magda Albrecht



AMINATA TOURÉ
Abgeordnete

Albrecht getroffen, um über ihr Buch „Fa(t)shionista: Rund und glücklich durchs Leben“ zu sprechen.

Aminata: Wie bist du dazu gekommen, dich mit Körperformen zu beschäftigen?

Magda: Ich war in meiner Kindheit und Jugend immer die dickste in meiner Klasse. Ich war zwar nicht unbeliebt, aber das war immer mein so genannter „Makel“. Dann bin ich in die USA gegangen und war auf einmal Durchschnitt. Das war für mich als 16-Jährige eine ganz wichtige Erfahrung. Dadurch habe ich gelernt, dass nicht überall auf der Welt dieselben Körperformen gelten und dass es einen Unterschied macht, wenn nicht ständig jemand mit dem Finger auf mich zeigt.

Aminata: Welchen Einfluss haben gesellschaftliche Schönheitsnormen auf dich?

Wer als dick gilt, hat es schwer in unserer Gesellschaft. Doch hartnäckiger als die angeblich zu vielen Pfunde sind die Vorurteile, mit denen dicke Menschen täglich zu kämpfen haben. Die frauenpolitische Sprecherin der Grünen Fraktion, Aminata Touré, hat sich mit der Autorin Magda

Magda: Wenn man permanent damit konfrontiert ist, macht das auch etwas mit einem. Du hast ein verringertes Selbstbewusstsein, gehst weniger locker durch die Welt, machst diskriminierende Erfahrungen, manchmal willst du dich auch einfach nur verstecken. Aber die Erfahrung in den USA hat mir gezeigt, dass Schönheits- und Körperideale veränderbar sind. Deswegen sollten wir als Gesellschaft darüber diskutieren.

Aminata: Wie definierst du persönlich „dick“?

Magda: Das kann man nicht klar definieren. Ich folge der britischen Psychotherapeutin und Fettaktivistin Charlotte Cooper, die Dicksein über Erfahrung definiert. Finde ich keine Sachen in meiner Größe? Wurde mir auf der Straße schon einmal etwas Diskriminierendes hinterhergerufen? Wir werden sehr früh darauf trainiert, uns zu dick zu fühlen. Die Idealvorstellungen sind im wahrsten Sinne des Wortes so schmal, dass schon schlanke Menschen sich als zu dick empfinden.



Aminata: Im vergangenen Jahr gab es einen Shitstorm gegen eine große Modekette, weil sie bestimmte größere Größen aus dem Sortiment genommen hat. Gibt es eine Bewegung, die sich mit solchen Phänomenen auseinandersetzt?

Magda: Insbesondere in den sozialen Netzwerken finden sich viele Menschen, häufig sogenannte Plus-Size-Models, die auch in Kooperation mit den großen Modehäusern versuchen, auf dieses Problem aufmerksam zu machen. Das Problem ist leider oft, dass die großen Ketten behaupten, dafür gebe es keine Zielgruppe. Das ist natürlich völliger Quatsch. Mein Buch heißt „Fa(t)shionista“, weil Mode das Thema ist, das viele dicke Menschen als Erstes nennen, wenn sie von Diskriminierungserfahrungen berichten.

Aminata: Wie sieht deine politische Bildungsarbeit konkret aus?

Magda: In den letzten Jahren habe ich in rund 50 Städten Vorträge zu den Themen Dickenfeindlichkeit, Körpernormen und Gewichtsdiskriminierung gehalten. Außerdem habe ich Workshops für Sozialpädagog*innen angeboten, in denen wir diskutierten, wie man Kindern und Jugendlichen ein positives Verhältnis zum eigenen Körper vermitteln kann.

Aminata: Wann war für dich der Punkt erreicht, an dem du mit der Thematik in die Öffentlichkeit getreten bist?

Magda: Mit Anfang 20 habe ich begonnen, mich mit feministischer Theorie und Praxis auseinanderzusetzen. Bis dahin war ich viel mit Diäten und mit meinen eigenen Unsicherheiten beschäftigt. Es war ein Pro-



Fa(t)shionista heißt das Buch von Magda Albrecht weil fast alle dicken Menschen „Mode“ als Erstes nennen, wenn sie von Diskriminierungserfahrungen berichten.



MIT ANFANG 20 hat sie begonnen, sich mit feministischer Theorie und Praxis auseinanderzusetzen.

zess und irgendwann habe ich mich bewusst dafür entschieden, keine Diäten mehr zu machen. Nicht die diskriminierten Leute sollen sich verändern, sondern die diskriminierende Gesellschaft.

Aminata: Kommt Schulen und Lehrer*innen dabei eine besondere Verantwortung zu?

Magda: Ich finde alle Menschen, die im pädagogischen Bereich oder zum Beispiel in den Medien tätig sind, tragen eine besondere Verantwortung. Ich fände es gut, wenn solche Themen bereits Teil der Ausbildung wären.

Aminata: Vielen Dank!



berlinreport

18

Ingrid Nestle

Liebe Freundinnen und Freunde

zunächst einmal herzlichen Glückwunsch an alle Kommunalas und Kommunalos sowie all diejenigen, die dieses tolle GRÜNE Ergebnis ermöglicht haben. 16,5% sind großartig und geben uns die Chance, mit vielen klugen Persönlichkeiten GRÜNE Politik vor Ort umzusetzen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit!

In Berlin fiel mit der Vereidigung der Minister*innen der Vorhang für eine neue Regierungsmannschaft, die eigentlich die alte ist – zumindest was die Ambitionen der Klimapolitik angeht. Derzeit befindet sich die Welt auf einem Pfad zu 4° Erhitzung, was durch selbstverstärkende Effekte dann wahrscheinlich noch mehr würde. Und trotzdem hat Deutschland seine Vorreiterrolle kampflos aufgegeben und außer heißen Worten in der Klimapolitik nicht viel zu bieten. Ich finde dieses Verhalten völlig unlogisch. In jedem anderen Politikbereich sichern wir uns gegen Risiken ab. Die Klimakrise ist nicht nur Risiko, sondern Gewissheit und heute schon messbar – und trotzdem hat Deutschland sein Emissions-Budget zur Erreichung der Ziele von Paris schon ausgeschöpft und ändert nichts. Wir GRÜNE zeigen hier in Berlin immer wieder die Lösungen auf, die längst existieren und nur am politischen Willen scheitern. Selbst im Koalitionsvertrag fest vereinbarte Projekte wie die Sonderausschreibungen für erneuerbare Energien und die Kohlekommission (ja tatsächlich, schon die Kommission!) haben Schwierigkeiten, im Kabinett aufgesetzt zu werden.

Noch zögerlicher geht die Regierung ihr eigenes Ziel an, den Anteil Erneuerbaren Stroms bis 2030 auf 65% auszubauen. Aus der Koalition ist jetzt zu hören, man wolle erstmal auf den Netzausbau warten. Dies ist nichts als eine schlechte Ausrede. Schon jetzt existieren technische Möglichkeiten, bestehende Stromnetze besser auszulasten. Schon jetzt könnte verhindert werden, dass dreckiger Kohlestrom die knappen

Leitungen verstopft. Und schon jetzt gibt es zahlreiche junge Unternehmen, die mit modernen Technologien zur Nutzung von Ökostrom vor Ort in den Markt drängen. Mit einem Antrag habe ich diese Möglichkeiten und eine engagierte Unterstützung des Netzausbaus eingefordert, denn ewig warten können wir wirklich nicht: dass in der letzten Ausschreibungsrunde Wind nicht einmal mehr genug Gebote abgegeben wurden, zeigt wie weit die Planungsunsicherheit der deutschen Windenergie bereits geschadet hat: Kurzarbeit in einer Branche, deren Arbeit wir dringend für den Erfolg der Energiewende brauchen.

Zögerlich zeigt sich die Bundesregierung auch beim Thema CO2-Preis. Im Plenum habe ich dafür gekämpft, dass das Parlament wenigstens seine eigenen Worte ernst nimmt: Noch im Januar haben Assemblée Nationale und Bundestag die Regierungen Frankreichs und Deutschlands aufgefordert, gemeinsame Initiativen in Richtung eines CO2-Preises zu ergreifen. Doch anstatt im Schulterschluss mit Emmanuel Macron voranzugehen, lässt die Regierung ihre französischen Freunde schamlos hängen. Damit macht sich Deutschland von den klimapolitischen Launen eines Donald Trump anhängig, während andere Länder zeigen, wie es geht: So gibt es den CO2-Preis in Großbritannien bereits seit Jahren, die Niederlande werden ihn dieses Jahr einführen. Ein angemessener CO2-Preis wäre ein marktwirtschaftlicher, technologieoffener und fairer Weg hin zu unseren Klimazielen

Zuletzt noch ein kleiner Hinweis in eigener Sache: Am 10.07.2018 möchte ich für alle GRÜNEN Kommunalas und Kommunalos einen Windenergie-Workshop in meinem Regionalbüro in Elmshorn anbieten. Eingeladen sind alle interessierten GRÜNEN Mitglieder.

Bis dahin,

Eure Ingrid



Luise Amtsberg & Konstantin v. Notz

BAMF- Grüne treiben Aufklärung weiter entschlossen voran

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit einigen Wochen beschäftigen uns die Vorfälle rund um die Bremer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sehr intensiv – sowohl im Plenum des Bundestags als auch im Innenausschuss. An dieser Stelle wollen wir Euch gemeinsam einen kurzen Überblick über das bisher Geschehene und unsere grüne Positionierung geben.

Die im Raum stehenden Vorwürfe sind massiv und werfen die Frage auf, welche strukturellen Defizite und fehlende bzw. völlig unzureichende politische Führung es über Jahre gab und bis heute gibt. Diesen Fragen gehen wir derzeit mit aller Entschlossenheit und allen Mitteln auf den Grund.

All diese Fragen beschäftigen uns nicht erst seit ge-

stern: Wir Grüne waren es, die in den letzten Jahren immer und immer wieder auf die nun offen zu Tage getretenen Defizite aufmerksam gemacht haben. Klar ist, dass beim BAMF seit Jahren vieles im Argen liegt. Genauso klar ist, wer hierfür die politische Verantwortung trägt. Wir sind es nicht.

Seit sich durch kriegerische Handlungen in unterschiedlichen Teilen unserer Welt bereits vor Jahren abzeichnete, dass die Flüchtlingszahlen massiv steigen würden, haben wir immer und immer angemahnt, dem BAMF mehr finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Das ist aus politischer Opportunität bewusst nicht bzw. erst viel zu spät geschehen, woraus sich eine Vielzahl der heutigen Probleme überhaupt erst ergaben.

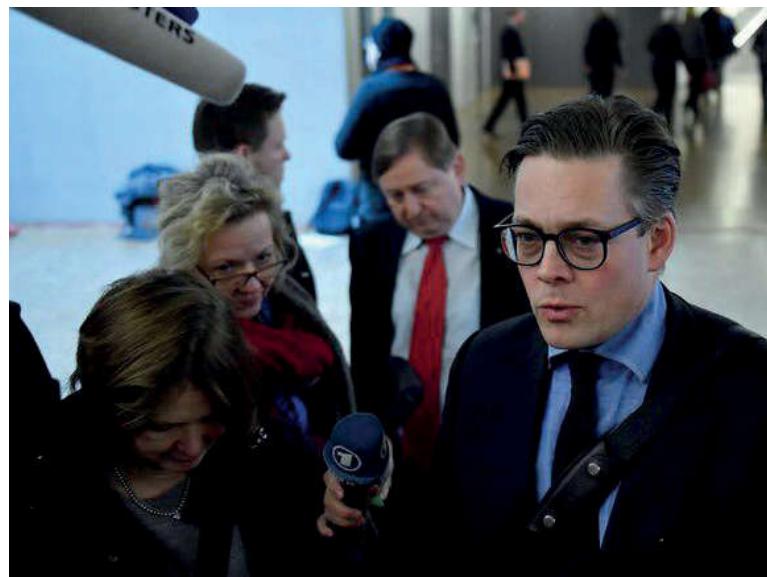
Nun sind wir Grünen es, die die parlamentarische Aufklärung sehr entschlossen vorantreiben, um politische Verantwortlichkeiten aufzuklären und die

strukturellen Defizite schnellstmöglich abzustellen. Hierfür nutzen wir auch weiterhin alle uns zur Verfügung stehenden parlamentarischen Möglichkeiten: Wir Grüne haben die zahlreiche Sonder-sitzungen des Innenausschusses beantragt und wiederholt sehr umfangreiche Fragenkataloge hierzu vorgelegt, die uns – zu unserer Überraschung – auch tatsächlich schriftlich beantwortet wurden, wodurch sich wiederholt neue Fragen ergaben. So konnten wir die Aufklärung in den letzten Wochen Stück für Stück vorantreiben und haben heute bereits ein sehr viel klareres Bild der tatsächlichen Lage.

Während wir und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter echte Kärrner- und Sacharbeit leisten und strukturelle Defizite angehen, gefallen sich andere darin, sich medial als die wahren Aufklärer aufzuspielen. Die gemeinsame Forderung von FDP und AfD, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen, ist rein populistisch motiviert. Der Sache hilft man so gewiss nicht. Denn jeder, der sich - wie wir - in den letzten Jahren sehr intensiv mit der Arbeit in einem Untersuchungsausschuss auseinandersetzt hat, weiß, dass allein die Einsetzung Monate in Anspruch nimmt. Zeit, die wir derzeit nicht haben.

Das wissen eigentlich auch FDP und AfD. Ihnen geht es aber vor allem darum, ihre alten Wahlversprechen Wirklichkeit werden zu lassen und die Vorfälle im BAMF zu instrumentalisieren, um die Haltung der Kanzlerin in der Flüchtlingspolitik und die Entscheidung des Offenhalterns der Grenzen populistisch auszuschlachten. Dieses durchschaubare Spiel macht das Parlament zum Glück nicht mit. Wir Grüne bleiben dabei: Was wir brauchen ist zügige Sachaufklärung, kein monatelanges Ringen um einen Ein-setzungsbeschluss. Wir brauchen an den realen Defiziten orientierte Politik und kein Tribunal. Zum Glück sehen das auch die anderen Fraktionen im Hohen Haus so. Da sie unserer Linie gefolgt sind, besteht für die Einsetzung eines die Aufklärung derzeit nur ausbremsenden Untersuchungsausschusses keine parlamentarische Mehrheit.

Dass die FDP als vermeintliche Rechtsstaatspartei liberale Grundsätze über Bord wirft und sich gemeinsam mit der AfD in diese Sackgasse manövriert hat, ist wirklich bitter und man kann nur hoffen, dass sich auch die Liberalen bald an der Aufklärung in den zuständigen Fachausschüssen beteiligen. Damit wir nicht falsch verstanden werden: Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses behalten auch wir uns explizit vor, nämlich für die Sekunde, in der wir das Gefühl haben, dass wir auch nur eine Information nicht bekommen oder die Regierung mauert. Das tut sie – wohlwissend um die von den Grünen ang



drohten Konsequenzen – aber bislang nicht. So werden wir auch weiterhin dafür tun, schnellstmöglich die zu Tage getretenen Defizite abzustellen, zu klaren politischen Verantwortlichkeiten zu kommen, das BAMF endlich angemessen auszustatten und zu klaren, rechtsstaatlichen Verfahren zurückzukommen.

Auf der Seite der grünen Bundestagsfraktion werden wir auch weiterhin versuchen, Euch zeitnah mit allen Informationen zum aktuellen Aufklärungsstand und zum weiteren grünen Vorgehen bestmöglich auf dem Laufenden zu halten.

Herzliche Grüße aus Berlin

Luisa Ewer Komantow

LUISE-AMTSBERG.DE

NEUE ZEITEN. NEUE ANTWORTEN.

Grundsatz wird Programm

Der Mensch in der vom Menschen gemachten Umwelt.

Neue Fragen der Ökologie

Der Mensch als Kapital oder das Kapital für die Menschen.

Neue Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Der Mensch und die Maschine oder der Mensch als Maschine.

Neue Fragen der Digitalisierung.

Der Mensch und das Leben.

Neue Fragen in der Wissenschaftsethik und Bioethik.

Der Mensch in einer Welt in Unordnung.

Neue Fragen für Europa, die Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik.

Der Mensch und der Mensch und der Mensch.

Neue Fragen in der Wissenschaftsethik und Bioethik.

„Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner Freiheit.“ Der erste Satz unseres aktuellen Grundsatzprogramms gilt für uns damals wie heute: GRÜNE Politik will das Leben der Menschen, und zwar aller Menschen, besser machen. Deshalb laden wir die gesamte Gesellschaft ein, sich an der Erarbeitung unseres neuen Grundsatzprogramms zu beteiligen. Auch wir als Landesverband Schleswig-Holstein wollen gemeinsam mit GRÜNEN und GRÜN-affinen Bürger*innen an diesem Prozess mitwirken.

Den Auftakt zu diesem Prozess gab es am 13. und 14. April 2018 mit dem Startkonvent „Neue Zeiten. Neue Antworten.“ in Berlin. Um den Einstieg in die Debatten zu erleichtern, hat der Bundesvorstand die Vielzahl der Themen in sechs Bereiche geordnet und jeweils Leitfragen erarbeitet (links). In den kommenden Monaten laden wir euch und Interessierte dazu ein, gemeinsam mit uns in Schleswig-Holstein in verschiedenen Formaten über diese Fragen zu diskutieren und Ideen zu entwickeln. Die Termine findet ihr ab Juli auf unserer Website sh-gruene.de

Bis dahin seid ihr herzlich eingeladen, eure Ideen online auf **Beteiligungsgrün** einzubringen.

Macht mit unter  gruenlink.de/1g4u

2018

9.-11.11 BDK Europa

13./14. Auftakt

Veranstaltungen in ganz SH

7.-9.9. Bundesfrauenkonf.

Schreibgruppe arbeitet

Diskussionsphase 1: Diskussionsforen in den Ländern, Bürgerbeteiligung, Online-Beteiligung, Mitglieder-Befragung, ggf. BAG-Konvent

2019

Anfang März: Vorstellung Entwurf d. Schreibgruppe

Ende Okt.: Vorstellung BuVo-Programm-Entwurf
ggf. Nov.: BDK mit Vorstandswahlen

Schreibgruppe arbeitet

Diskussionsphase 2

BuVo überarbeitet Entwurf

Änderungsanträge BuVo-Entwurf

2020

BDK zum Grundsatzprogramm

2018